



Rundbrief – Juni II – 2024

Offizielle Anerkennung Palästinas als Staat ist ein Schritt in Richtung Frieden...

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft begrüßt die Entscheidung vierer europäischer Staaten, Palästina als Staat anzuerkennen und fordert die Bundesregierung auf, endlich diesem Votum zu folgen. Bekanntlich setzt sich Deutschland für die Zwei-Staaten-Lösung ein und hält die Besetzung der Westbank für völkerrechtswidrig. Es gilt, diesen eklatanten Widerspruch zu beenden und Israel zu verpflichten, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu respektieren.

Spanien, Irland, Norwegen und Slowenien haben offiziell einen eigenständigen palästinensischen Staat anerkannt. In Madrid verabschiedete das Kabinett „einen wichtigen Beschluss zur Anerkennung eines palästinensischen Staates“, wie Regierungssprecherin Pilar Alegria mitteilte. Norwegens Außenminister Espen Barth Eide sprach von einem „besonderen Tag“, Irlands Premierminister Simon Harris von einem „wichtigen Moment“.

In der letzte UN-Vollversammlung wurde der Status Palästinas in der UN aufgewertet und die Mitgliedschaft Palästinas bei Sicherheitsrat beantragt hat. Deutschland hat sich natürlich enthalten, während die USA mit den Pazifikinseln im Schlepptau dagegen gestimmt hat.

Palästina Journal



Die neue Ausgabe des Palästina Journals Nr. 21 zum Thema „Zerstörung von Gaza“ ist an unsere Mitglieder und Abonnenten geliefert worden. Bewusst wurde ein zweites Exemplar und eine Beitrittserklärung zur Weitergabe an interessierte Freundinnen und Freunde beigelegt.

Sollten Sie das PJ nicht erhalten haben, so kann es bei unserem Schatzmeister Dr. Ribhi Yousef bestellt werden. Außerdem ist es digital auf der Homepage unter https://dpg-netz.de/wp-content/uploads/Pal%C3%A4stinaJournal/Palaestina-Journal_Ausgabe-21-2024.pdf abrufbar.

40 Prozent der Deutschen für Anerkennung Palästinas

<https://www.t-online.de/themen/umfragen/>



In den vergangenen Wochen haben Norwegen, Spanien, Irland und Slowenien beschlossen, Palästina als Staat anzuerkennen. (Quelle: Monika Slobinewska/tpa/epa-bilder)

Zwei von fünf Deutschen sprechen sich für eine Anerkennung Palästinas als Staat aus. Das geht aus den Ergebnissen einer repräsentativen [Umfrage](#) des Meinungsforschungsinstituts YouGov hervor. Demnach gaben 40 Prozent der Befragten an, dass Deutschland Palästina als Staat anerkennen sollte. 27 Prozent sprachen sich dagegen aus, 33 Prozent machten keine Angabe.

In den vergangenen Wochen hatten [Norwegen](#), [Spanien](#), Irland und [Slowenien](#) beschlossen, Palästina als Staat anzuerkennen, was heftigen Protest Israels ausgelöst hatte. Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) hatte hingegen vor zwei Wochen erklärt, dass die [Bundesregierung](#) derzeit keine Anerkennung Palästinas als eigenen Staat plane.

Vor dem Hintergrund der Militäroffensive in der Grenzstadt Rafah im Süden des Gazastreifens würde es laut Umfrage etwa die Hälfte (**51 Prozent**) der Befragten befürworten, wenn die EU wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel verhängte. Indes gaben 26 Prozent eine voll und ganz oder eher ablehnende Haltung gegenüber solchen Sanktionen an. Hintergrund der Frage ist die an Israel gerichtete Aufforderung des Internationalen Gerichtshofs, die Offensive in Rafah sofort zu beenden. In die Grenzstadt zu Ägypten hatten sich viele Palästinenser vor dem Krieg geflüchtet.

Mehrere EU-Staaten erkennen Palästina als Staat an. Deutschland und Frankreich sollten sich schnell anschließen, meint Israels Ex-Diplomat Alon Liel.

[NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 31.05.2024 | Alon Liel](#)

Der „7.-Oktober-Krieg“ ist für die israelisch-palästinensischen Beziehungen, aber auch für Israels



Die Wassermelon ist ein Symbol des Widerstands von den Palästinenser*innen.

Allianzen ein strategischer Wendepunkt. Die von der israelischen Regierung vermarktete – und von führenden Politikern des Westens aus Bequemlichkeit übernommene – Vorstellung, die Hamas werde durch Eindämmung und Abschreckung neutralisiert und Israels Integration in die Region sei möglich, ohne dass man sich mit der Palästinenserfrage auseinandersetzt, ist an jenem 7. Oktober in sich zusammengestürzt. Dadurch ist die Diskussion über die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung wieder in den Fokus gerückt. Die Ankündigung Norwegens, Spaniens, Irlands und [zuletzt Sloweniens](#), Palästina als Staat anzuerkennen, bringt neuen Schwung in diese Debatte. Wenn Deutschland in naher Zukunft – idealerweise im Schulterschluss mit Frankreich – den Staat Palästina anerkennen würde, wäre das möglicherweise die Initialzündung für eine Dynamik, die zu einer Anerkennung durch ganz Europa und die Vereinten Nationen und zur lang erwarteten Zweistaatenlösung führen könnte. [Weiter hierzu](#)

„Auch Deutschland sollte ein klares Zeichen setzen“ Drei weitere europäische Staaten erkennen seit Dienstag Palästina offiziell als Staat an – ein überfälliger Schritt, findet Historiker Meron Mendel

[INTERVIEW JANNIS HAGMANN taz:](#)

Norwegen, Spanien und Irland haben am Dienstag Palästina als Staat anerkannt. Was will das Trio damit bezwecken?

Meron Mendel: Das ist ein symbolischer Schritt, der den Druck auf die israelische Regierung unter Netanjahu erhöhen soll. Er war überfällig, denn nicht erst seit dem 7. Oktober, sondern schon viel länger zeigt die Regierung keinerlei Interesse für einen Friedensprozess.

Sie sehen die Anerkennung also als Bestrafung der Netanjahu-Regierung?

Das ist das falsche Framing. In den internationalen Beziehungen geht es darum, Anreize zu schaffen. Die Anerkennung ist ein Versuch, Druck aufzubauen, um einen Waffenstillstand in Gaza zu erreichen, und den aktuellen Tiefpunkt zu nutzen, um einen Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern in Gang zu setzen.

Nun haben Norwegen, Spanien und Irland allerdings keine Gegenleistung von palästinensischer Seite gefordert. Wäre es nicht politisch klüger, auf einen Prozess hinzuarbeiten, bei dem Staaten wie Saudi-Arabien eine Anerkennung Israels in Aussicht stellen, bei dem sich aber auch die Palästinenser zu ernsthaften Verhandlungen verpflichten?

Mit der Anerkennung gibt man nicht alles aus der Hand. Sie ist eine Reaktion auf Netanjahu, der einen palästinensischen Staat immer verhindern wollte, durch eine Stärkung der Hamas als Gegengewicht zur Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Im Umkehrschluss stärkt man mit der Anerkennung Palästinas als Staat die PA.

Man könnte auch argumentieren, dass die Hamas für ihr Massaker belohnt wird. Ohne den 7. Oktober wäre es nicht zur Anerkennung gekommen.

Nein, das wird sie nicht. Die Hamas ist nicht der Repräsentant des palästinensischen Staates. Palästina wird von der PA repräsentiert. Die Stärkung der PA ist alles andere als eine Belohnung für die Hamas. Ich erinnere an die Bilder von 2006, als Hamas-Terroristen Palästinenser der PA von Hochhäusern schmissen.

Die Hamas hat die Anerkennung allerdings begrüßt.

Sie versucht natürlich, sie als ihre Errungenschaft zu framen. Aber wir können nicht jede internationale Entwicklung an der Frage messen, was die Hamas sagt oder wie sich Netanjahu dazu verhält. Die Frage ist: Wie können wir Anreize schaffen, um kompromissbereite Kräfte auf beiden Seiten zu stärken?

Arabische Staaten haben am Montag gefordert, dass andere EU-Staaten dem Vorbild des Trios folgen. Der saudische Außenminister argumentierte, Israel müsse akzeptieren, dass es ohne palästinensischen Staat nicht existieren kann. Sollte Deutschland Palästina auch anerkennen?

Ich brauche nicht die Saudis, um genau diese Position zu vertreten. Deutschland und die gesamte EU sollten damit ein klares Zeichen zu setzen, dass Netanjahus Strategie nicht aufgeht und dass ein palästinensischer Staat, der schon in den neunziger Jahren in Aussicht gestellt wurde, unausweichlich ist.

Fordern Sie das nur oder rechnen Sie auch damit?

Wir erleben dieser Tage eine Eskalation in Rafah, und mir scheint, dass die israelische Regierung sich von internationalem Druck nicht beeindrucken lässt. Wenn Netanjahu diese Politik fortsetzt, ist nicht auszuschließen, dass weitere Länder die Anerkennung Palästinas als notwendig betrachten.

Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und andere haben Palästina vor Jahrzehnten anerkannt. Warum ist Westeuropa zögerlich?

Das hat mit dem Ostblock zu tun. Auch die Sowjetunion hatte Palästina 1988 anerkannt. Während die meisten west- und nordeuropäischen Staaten die US-Linie verfolgten, Palästina erst im Zuge einer Konfliktlösung anzuerkennen, ging man dort davon aus, dass Israelis und Palästinenser ihren Konflikt früher oder später ohnehin beilegen würden.

Bringen sich die Europäer jetzt wieder als Vermittler in Nahost ins Spiel, auch mit Blick auf eine erneute Präsidentschaft Trumps in den USA? In seiner Amtszeit hat er die USA durch eine komplett einseitig proisraelische Position unglaublich gemacht.

Trump würde die Situation noch aussichtsloser machen. Die Rolle der USA als Motor für eine konstruktive Lösung ist fast unersetzlich. Die Europäer schwächt, dass es in der EU sehr unterschiedliche Positionen gibt, von Orbán in Ungarn, der sich als großer Netanjahu-Unterstützer positioniert, bis hin zu Spanien und Irland. Es gibt drei Akteure, die nur im Zusammenspiel die Karre aus dem Dreck ziehen können: die Amerikaner, hoffentlich weiter unter Biden, die EU, die hoffentlich ihre Uneinigkeit ein Stück weit überwindet, und die sunnitischen arabischen Staaten. Nur wenn die drei gemeinsam ein Gegengewicht zu Iran und Russland schaffen, ist ein Ende des Krieges und Bewegung hin zu einer Lösung des Nahostkonflikts vorstellbar.

Meron Mendel ist ein israelisch-deutscher Pädagoge, Historiker und Publizist. Seit 2010 ist er Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt und Kassel.

Spanien schließt sich der Völkermord-Klage gegen Israel an: Weshalb das Verhältnis zwischen den Ländern am Tiefpunkt ist

[Völkermord-Klage: \(nzz.ch\)](https://nzz.ch)

Eine Reihe von Provokationen auf höchster Regierungsebene belastet das spanisch-israelische Verhältnis seit dem 7. Oktober schwer. Doch die Beziehung zwischen dem katholischen Land und dem jüdischen Staat ist von jeher schwierig.

Spanien will sich als erstes EU-Land der Völkermord-Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Israel anschließen. Dies teilte der spanische Außenminister José Manuel Albares am Donnerstag in Madrid mit. «Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, nachdem wir in den vergangenen Tagen feststellen mussten, dass die vom Internationalen Gerichtshof angeordneten Maßnahmen völlig ignoriert werden», erklärte Albares auf einer Pressekonferenz. Vor Spanien hatten unter anderem die Türkei, Ägypten und Chile eine Unterstützung der südafrikanischen Klage verkündet. [Weiter hierzu](#)

ENDE DER MITTÄTERSCHAFT! BOYCOTT TECHNION JETZT!

Seit acht Monaten geht die israelische Führung gezielt gegen die Zivilbevölkerung in Gaza vor. **Über hunderttausend Menschen** wurden bereits **getötet, verwundet oder unter den Trümmern begraben**. Davon mehr als zwei Drittel Kinder und Frauen [\[1\]](#).



Im Oktober warnte das Lemkin-Institut für Völkermordprävention vor einem Völkermord an Palästinensern [\[2\]](#). **Gegen Israel wird wegen Völkermord ermittelt** [\[3\]](#). Schon beim Verdacht muss jede Nation nach dem Völkergewohnheitsrecht Maßnahmen ergreifen, um Völkermord zu verhindern [\[2\]](#).

Die RWTH arbeitet mit dem **Technion in Haifa** (Israel), welches **Waffen für den Völkermord in Gaza entwickelt und an Zivilisten testet** [\[4\]](#). Mehrere tausend Studierende und Mitarbeiter des Technion haben sich entschlossen, dem Aufruf zu folgen und sich aktiv am Völkermord zu beteiligen [\[5\]](#). Durch die Zusammenarbeit beteiligt sich die RWTH am Völkermord, verletzt unsere Werte und missachtet ihre Verpflichtungen als öffentlich finanzierte Einrichtung. [Hier der Link zu einer Petition](#)

Buch "Hamas. Der politische Islam in Palästina"

Neben dem erst kürzlich erschienenen Buch von Dr. Joseph Croitoru "Die Hamas. Herrschaft über Gaza. Krieg gegen Israel", das wir schon im neuen "Palästina Journal 21" besprochen haben, ist jetzt auch das Buch von Helga Baumgarten wieder erhältlich. Beide Bücher greifen das hochaktuelle Thema "Hamas" mit vielen Hintergründen und Entwicklungen zur Versachlichung dieses hochemotionalen Themas auf.



Hamas: Der politische Islam in Palästina
Helga Baumgarten
Basel: Gamila, 2024
ISBN:
97837592213

Über den Verlag:
Gamila ist ein Schweizer Verlag, der sich der Produktion von qualitativ hochwertigen Romanen und Sachbüchern verschrieben hat. Mit seinem

Wiederauflage:

«Hamas: Der politische Islam in Palästina» von Helga Baumgarten

Basel, 30. Mai 2024 — Helga Baumgartens "Hamas: Der politische Islam in Palästina" in neuer Auflage:
Ein unverzichtbares Werk für das Verständnis der aktuellen politischen Lage.

Ein zeitloses Werk

Die Bedeutung von Baumgartens Arbeit liegt in ihrer fundierten und umfassenden Untersuchung der Hamas, die sowohl historische als auch politische Aspekte berücksichtigt. Die Autorin beleuchtet die Wurzeln und die Entwicklung der Hamas, ihre ideologischen Grundlagen sowie ihre politischen und militärischen Strategien. Durch ihre präzise und objektive Darstellung bietet sie den Lesern ein tiefes Verständnis für die komplexe Dynamik und die vielschichtigen Herausforderungen, die mit der Hamas verbunden sind.

Aktualität und Hintergrundwissen

Mit der Wiederauflage von «Hamas: Der politische Islam in Palästina» möchten wir ein breiteres Publikum erreichen und die Debatte über den Nahostkonflikt bereichern. In einer Zeit, in der sowohl politische und soziale Spannungen als auch Vorurteile weltweit zunehmen, bietet Baumgartens Buch wertvolle Einsichten und hilft dabei, die Hintergründe der aktuellen Ereignisse besser zu verstehen. Ihre Analyse ermöglicht es den Lesern, die langfristigen Auswirkungen der politischen Entscheidungen und Entwicklungen im Nahen Osten zu erkennen und zu bewerten.

Über die Autorin

Helga Baumgarten ist eine angesehene Politikwissenschaftlerin und Expertin

Engagement für Exzellenz und einem breit gefächerten Katalog von Titeln bereichert Gamila die literarische Landschaft mit fesselnden Erzählungen von talentierten Autoren aus aller Welt.

Für Rückfragen und Rezensionsexemplare kontaktieren Sie bitte:
gamilabasel@gmail.com

für den Nahen Osten. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen hat sie sich einen Namen als führende Stimme in der Diskussion über den Nahostkonflikt gemacht. Ihre Expertise und ihr umfassendes Wissen fließen in jede Seite dieses Buches ein und machen es zu einer unverzichtbaren Lektüre für Studierende, Fachleute und alle, die sich für die politischen Entwicklungen im Nahen Osten interessieren.

Verfügbarkeit

Die neue Auflage von " Hamas: Der politische Islam in Palästina " ist ab sofort als Taschenbuch im Buchhandel und online erhältlich. Eine Ausgabe als E-Book folgt.

Spende
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Kontoverbindung
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Spende Zweck: Gaza – Palästina

**Die Beendigung der israelischen Besatzung
ist der Schlüssel zum Frieden!**



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.